

# Unterstützungspflicht in Fällen behördlich gestatteten Konkubinats

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozialversicherungswesens**

Band (Jahr): **10 (1912-1913)**

Heft 8

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-837732>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nur erreicht durch eine sofortige und rationelle Fürsorge desjenigen Ortes, wo der Erkrankte, Verunfallte oder Verstorbene sich im kritischen Moment befindet; humanitäre und gesundheitspolizeiliche Gründe erheischen dringend, daß die betreffende Person an diesem Orte verbleibe und daß die am nächsten interessierte menschliche Gemeinschaft für sie Sorge. Dies ist in diesem Falle die Gemeinde Gofau und die Fürsorgepflicht samt den damit verbundenen Kosten fallen damit zu Lasten des Kantons St. Gallen.

E. G. (Lausanne).

### **Unterstützungspflicht in Fällen behördlich gestatteten Konkubinats.**

Nach § 123 des zürcherischen Einführungsgesetzes zum schweizerischen Zivilgesetzbuch kann das Konkubinat gestattet werden, wenn durch das Konkubinatsverhältnis keine familienrechtlichen Pflichten verletzt werden und sofern die Eingehung der Ehe wegen eines in der Gesetzgebung des Heimatstaates begründeten Hindernisses unmöglich ist, das im schweizerischen Rechte nicht besteht\*).

In Zürich lebten ein gewisser L. aus dem Tirol (Welschtirol) und eine Frau G., geschieden, Bürgerin der zürcherischen Gemeinde W., im Konkubinate. Das Statthalteramt Zürich erließ gegen dieselben einen Trennungsbefehl. Gegen diesen erhoben die Genannten beim Regierungsrate Rekursbeschwerde, und gleichzeitig stellten sie das Gesuch, es möchte ihnen gestützt auf § 123 des Einführungsgesetzes, das Zusammenleben gestattet werden, da es ihnen unmöglich sei, eine Ehe einzugehen, indem L. als Katholik von den österreichischen Behörden die Zustimmung zur Eingehung einer Ehe mit Frau G. verweigert werde, weil diese von ihrem Ehegatten getrennt lebe und geschieden sei. Zur Begründung dieses Gesuches wurde weiter vorgebracht, daß L., seitdem Frau G. mit ihm ein Verhältnis unterhalte, ihr stets behülflich gewesen sei, das Leben zu fristen, und daß er zugleich die Stütze ihrer betagten und schon seit längerer Zeit kranker Mutter sei. Aus ihrer Ehe mit G. besitze Frau G. eine 18jährige Tochter, die aber selbständig sei.

Das Statthalteramt Zürich beantragte zunächst, und zwar unter Hinweis darauf, daß die Rekurrenten ihr Gesuch irrtümlich auf § 111 des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches stützen, wonach das Band einer gültigen Ehe zwischen katholischen Personen nur durch den Tod des einen Ehegatten getrennt werden könne, den Rekurs und das Gesuch abzuweisen mit der Begründung, daß Frau G., wie nachträglich festgestellt worden, nicht katholisch, sondern protestantisch und seinerzeit in W. rechtsgültig geschieden sei. Da in der österreichischen Gesetzgebung sich aber keine Bestimmung vorfinde, welche auch die Ehe einer protestantischen Person als unlöslich erklären würde, sondern auch in Osterreich protestantische Personen eine Ehe gänzlich scheiden, bezw. „trennen“ lassen und später wieder heiraten können, sei zu folgern, daß eine Wiederverhehlung der protestantischen Frau G. auch nach den österreichischen Gesetzen nicht unmöglich sei. Da L., obwohl Katholik und Österreicher, ledig und nicht geschieden sei oder in getrennter Ehe lebe, stehe seiner Verhehlung mit einer protestantischen Person nach österreichischer Gesetzgebung nichts im Wege. Da also die gesetzlichen Voraussetzungen zur Duldung eines Konkubinates unter diesen Umständen nicht vorhanden seien, könne das Statthalteramt Zürich auf das ausgesprochene Konkubinatsverbot nicht verzichten.

Gestützt auf die von der Polizeidirektion erteilte Auskunft, daß im vorliegenden Falle nicht die Bestimmung des österreichischen Gesetzes, wonach Katholiken nicht scheiden können, das Ehehindernis bildet, sondern ein

\*) Diese Bestimmung ist durch die Volksabstimmung vom 13. April 1913 gestrichen worden.

Hofdekret vom 26. August 1814, bezw. 17. Juli 1835, nach welchem eine katholische Person mit einer getrennten katholischen bei Lebzeiten des getrennten Gegenteils keine gültige Ehe eingehen könne, ließ das Statthalteramt Zürich feststellen, ob der geschiedene Ehemann der Frau G. noch am Leben sei. Es ergab sich, daß dies der Fall ist. Auf Grund dieser Tatsachen erklärte sich das Statthalteramt Zürich bereit, dem Gesuche um Zurücknahme des Trennungsbefehls zu entsprechen.

Die kantonale Direktion der Polizei hat dann in Erwägung, daß durch die Duldung des Konkubinats L.=G. keine familienrechtlichen Pflichten benachteiligt werden und den Rekurrenten die Eheschließung wegen eines in der Gesetzgebung des Heimatstaates von L. begründeten Hindernisses unmöglich sei, verfügt: „Der Verfügung des Statthalteramts Zürich, durch welche auf das Verbot des Konkubinatsverhältnisses zwischen L. und Frau G. verzichtet wird, wird die Genehmigung erteilt.“

Kürzlich erhielt nun die Bürgerarmenpflege der Heimatgemeinde W. der G. von der freiwilligen und Einwohnerarmenpflege der Stadt Zürich die Mitteilung, daß Frau G. von einem Mädchen entbunden worden sei und daß die Hebammenkosten im Betrage von 25 Fr. zu ersehen seien, Frau G. erkläre, die Rechnung nicht bezahlen zu können, und ihr Liebhaber, mit dem sie im Konkubinat lebe, habe seit einiger Zeit nur wenig, zeitweise keine Arbeit, die beiden können sich mit ihrem Verdienste „kaum durchbringen“.

Die Bürgerarmenpflege W. verwahrt sich dagegen, daß sie durch die Folgen des Konkubinates L.=G. belastet werde, und sie ist — wohl mit Recht — darauf aufmerksam gemacht worden, daß für die Unterstützungen, die aus jenem Konkubinatsverhältnisse notwendig werden, speziell bezüglich der illegitimen Kinder, der Kanton, mit andern Worten der Kantonalarmenfond, aufzukommen habe, da nach den Grundsätzen des geltenden Armengesetzes die Grundlage zu einer Verpflichtung der Heimatgemeinde fehle, indem diese über Genehmigung oder Nichtgenehmigung des Konkubinates nicht begrüßt worden sei und ihr auch kein gesetzliches Einspruchsrecht zustehe.

Der vorliegende Fall zeigt übrigens, daß es außerordentlich schwierig ist, voranzusehen, ob aus einem Konkubinate Unterstützungsnotwendigkeiten entstehen oder nicht, und daß überall da, wo aus einem Konkubinate Belastung der öffentlichen Wohltätigkeit zu erwarten steht, ein solches, wenn auch die gesetzlichen Requisite für die Möglichkeit einer Genehmigung zutreffen mögen, nicht gestattet werden sollte.

**Bern. Amt s v e r s a m m l u n g e n.** Nach Art. 66 des bernischen Armengesetzes von 1897 wird unter den Bezirks-Armenbehörden als erste die Amtsversammlung aufgeführt. Dies ist keine neue Bestimmung, sondern aus dem Armengesetz vom Jahre 1857 aufgenommen. Die Amtsversammlung besteht nach gesetzlicher Vorschrift in der Regel aus zwei Abgeordneten einer jeden Gemeinde des Amtsbezirkes, aus sämtlichen Geistlichen, Armeninspektoren und Vorstehern von Armenanstalten des Staates, der Bezirke und Gemeinden. Die Amtsversammlung soll unter dem Vorsitz des Regierungsstatthalters alle zwei Jahre zusammentreten, um über die Armenpflege in den einzelnen Gemeinden zu berichten, um gemeinsame Maßregeln innerhalb der Gesetze und Verordnungen zu beraten und zu beschließen, und um an obere Behörden Anträge zu stellen, die ihnen notwendig erscheinen, oder Fragen zu beraten und zu begutachten, die ihnen von den Behörden vorgelegt werden.

Seit mehreren Jahren waren diese Amtsversammlungen nicht mehr einberufen worden. Die Gründe mögen verschiedener Natur gewesen sein. Ein-